



N i e d e r s c h r i f t
31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.05.2005
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Herr Böhnke, Erhard	CDU
Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Dr. Kottusch-Geiseler, Veronika	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Laschinsky i.V. f. BzStR Stäglin
Bau L Herr Müller-Ettler
Ord L Herr Hartmann
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

- TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls
- TOP 3 Anträge
- TOP 3.1 Ausfahrt auf dem Reichelparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße
Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion
- TOP 3.2 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion

- TOP 3.3 Benennung der Busstation 'Krankenhaus Hubertus' in 'Guernica-Platz/Krankenhaus Hubertus'
Drucksache: 1552/II - SPD-Fraktion
- TOP 3.4 Geplantes Straßenausbaubeitragsgesetz verhindern
Drucksache: 1569/II (neu) - Fraktionen CDU und FDP
- TOP 3.5 Tempo 30 in der Curtiusstraße
Drucksache: 1571/II - CDU-Fraktion
- TOP 3.6 Tempo 30 Curtiusstraße
Drucksache: 1586/II - SPD-Fraktion
- TOP 3.7 Parkscheinautomaten mit 'Brötchentaste'
Drucksache: 1585/II (neu) - Fraktionen SPD und FDP
- TOP 3.8 Entfernung von nicht genehmigten Plakatwerbetafeln
Drucksache: 1591/II - FDP-Fraktion
- TOP 3.9 Graffitibekämpfungsgesetz
Drucksache: 1597/II (neu) - Fraktionen FDP und CDU
- TOP 4 Petition Nr. 84/II - Parken in der Schottmüllerstraße
- TOP 5 Bericht aus dem Bezirksamt
- TOP 6 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhalten die Mitglieder des Ausschusses als Tischvorlage

- eine Email des Bürgers Herr Friedrich Zuther vom 09.05. zum Thema „Tempo 30 in der Curtiusstraße“
- das undatierte Anschreiben der „Bürgerinitiative Tempo 30 in der Mühlenstraße“ zu einer Unterschriftenliste, die sie dem BVVorsteher übergeben hatten
- eine Email von Frau Gabriele Schmidt vom 04.05.2005 mit dem Betreff „Wegfall der Verkehrsanbindung von Lichterfelde-Ost zum Rathaus Steglitz“.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Der Bürger Herr Zuther erläutert die Vorschläge zur Einführung von Tempo 30 in der Curtiusstraße, die er in seiner Email gemacht hatte, die vor Sitzungsbeginn verteilt worden war. Herr Hoppe, ein weiterer Anwohner der Curtiusstraße, berichtet über persönliche Erfahrungen mit dem Verkehr in der Straße, die ihn ebenfalls zu einem Befürworter von Tempo 30 hatten werden lassen.

Der Stellv. Ausschussvorsitzende Herr Lepeniotis schlägt vor, die Behandlung der Drucksachen Nr. 1571/II und 1582/II, jeweils ein Antrag der CDU- bzw. der SPD-Fraktion mit dem Betreff „Tempo 30 in der Curtiusstraße“, zu vertagen, um den Fraktionen zu ermöglichen, zunächst die von Herrn Zuther gemachten detaillierten Vorschläge zu erörtern. BzStR Laschinsky erklärt in diesem Zusammenhang, das Amt habe eine Stellungnahme zu dem Thema erarbeitet, die es den Fraktionen zukommen lassen werde.

Die Behandlung der Drs. Nr. 1571/II und 1586/II (TOPs 3.5 und 3.6) wird vertagt.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 30. Sitzung vom 27.04.2005 wird genehmigt.

zu 3 Anträge

**zu 3.1 Ausfahrt auf dem Reichelparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße
Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion**

Bau L Hr. Müller-Ettler weist darauf hin, dass auf der Auffahrt fast kein Verkehr stattfindet, da diese – mit Ausnahme eines Behindertenparkplatzes, der sich ebenfalls am Ende der Rampe befindet – nur für den Anlieferverkehr bzw. BSR-Fahrzeuge freigegeben ist. Er stellt die Frage, ob angesichts dieses fast nicht vorhandenen Verkehrsaufkommens wirklich eine Entschärfung der Situation notwendig ist.

Die Behandlung des Antrags wird vertagt.

**zu 3.2 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion**

Die Behandlung des Antrags wird auf Bitten der CDU-Fraktion vertagt, da in der kurzen Zeitspanne seit der letzten Ausschusssitzung noch keine Abstimmung mit anderen Bezirken stattfinden konnte.

**zu 3.3 Benennung der Busstation 'Krankenhaus Hubertus' in 'Guernica-
Platz/Krankenhaus Hubertus'
Drucksache: 1552/II - SPD-Fraktion**

Der Antrag ist durch Amtshandeln erledigt.

**zu 3.4 Geplantes Straßenausbaubeitragsgesetz verhindern
Drucksache: 1569/II (neu) – Fraktionen CDU und FDP**

Die SPD-Fraktion nennt das Gesetz sinnvoll, da dort, wo Wertverbesserungen von Straßen, die ja auch den Anwohnern dienen, vorgenommen werden sollen, auch die Anwohner daran beteiligt werden. Die FDP-Fraktion stimmt dem zwar im Prinzip zu, weist jedoch darauf hin, dass Berlin vorwiegend eine Stadt von Mietern sei; finanziell beteiligt werden sollen hier jedoch die nur die Eigentümer, die die Kosten nicht auf die Mieter umlegen dürfen. Die Fraktion der CDU erklärt, durch das Gesetz würden öffentliche Aufwendungen in erheblichem Maße privatisiert. Der Senat würde hier mit den erhobenen Geldern Straßen sanieren wollen. Das Gesetz werde Bürger, die sonst in den Bezirk ziehen würden, abschrecken und nach Brandenburg vertreiben. Das auslegungsfähige Gesetz würde zudem einen „Riesen-Rattenschwanz“ an bürokratischem Aufwand, Streit- und Härtefällen nach sich ziehen, die zu einem sehr großen zusätzlichen Arbeitsanfall im Tiefbauamt führen werden. Die Fraktion GRÜNE stimmt letzterem zu, erklärt jedoch, man werde an dem Gesetz kaum vorbeikommen; daher sei es besser, im Antrag auf konkrete Bestandteile des Gesetzes einzugehen, statt es als Ganzes zu verhindern versuchen.

BzStR Laschinsky erklärt, Bürger würden aufgrund des Gesetzes kaum nach Brandenburg vertrieben, da es dort entsprechende Regelungen gibt. Er widerspricht der Befürchtung der CDU-Fraktion, das Bezirksamt könnte von Anwohnern Geld erheben, um danach deren Straßen zu sanieren, da die Beiträge erst nach dem Ende der Maßnahme erhoben werden könnten. Er weist darauf hin, dass die BVV durchaus an dem Gesetz beteiligt werden soll, indem sie per Beschluss dem Bezirksamt eine bestimmte Vorgehensweise vorgibt. Allerdings sollte im Text des Antrags das Wort „verhindert“ durch „nicht erlassen“ ersetzt werden. Er weist darauf hin, dass man bisher nur den Entwurf des Gesetzes interpretieren könne und daher zunächst das weitere Vorgehen des Abgeordnetenhauses abwarten sollte.

Auf Bitten der SPD-Fraktion wird der Antrag vertagt.

zu 3.5 **Tempo 30 in der Curtiusstraße**
Drucksache: 1571/II - CDU-Fraktion
Der Antrag wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3.6 **Tempo 30 Curtiusstraße**
Drucksache: 1586/II - SPD-Fraktion
Der Antrag wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3.7 **Parkscheinautomaten mit 'Brötchentaste'**
Drucksache: 1585/II (neu) - Fraktionen SPD und FDP
BzStR Laschinsky erklärt, dass die technischen Voraussetzungen für einen viertelstündigen Parktakt geschaffen werden sollen. Er bittet, auf das im Antrag genannte Datum 01.09.2005 zu verzichten, da derzeit im Bezirk Spandau ein Modellversuch mit der Brötchentaste läuft, der zunächst ausgewertet werden soll. Die Fraktionen von CDU und SPD widersprechen der Notwendigkeit des Abwartens auf die für Spandau zutreffenden Ergebnisse.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.8 **Entfernung von nicht genehmigten Plakatwerbetafeln**
Drucksache: 1591/II - FPD-Fraktion
BzStR Laschinsky berichtet, großflächiges illegales Plakatieren sei im Bezirk vor allem dreimal im Jahr zu beobachten: zweimal bei einer Computermesse und einmal bei einer Sexmesse in der Innenstadt. Das Plakatieren von Zirkussen sei dagegen zulässig, selbst wenn die Veranstalter später „vergäßen“, die Plakate wieder abzubauen. Er erklärt, das Ordnungsamt sollte sich bei seinen Aktionen auf die groß angelegte Plakatierung beschränken und nicht auf Anschläge wie: „Katze entlaufen“. Ord L Hr. Hartmann erklärt, das Amt verfolge nachdrücklich die wilde Plakatierung. Das Amt würde die Plakate fotografieren, die Verantwortlichen mit der Bitte um eine Stellungnahme anschreiben und anschließend ggf. ein Bußgeld erheben.
Die Fraktionen machen das Amt auf eine Reihe von Stellen im Bezirk aufmerksam, an denen wild plakatiert worden ist und bitten, dort tätig zu werden.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.9 **Graffitibekämpfungsgesetz**
Drucksache: 1597/II (neu) – Fraktionen FDP und CDU
Mit dem Hinweis, dass sich der Bundestag derzeit mit dem Thema befasst, erklärt die Fraktion GRÜNE, dass die BVV dessen Lösung abwarten und nicht gleichzeitig eine eigene zu finden versuchen sollte.
Der Antrag wird vertagt.

zu 4 **Petition Nr. 84/II - Parken in der Schottmüllerstraße**
Die Fraktion GRÜNE berichtet, ein Ortstermin des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden habe ergeben, dass es in der Schottmüllerstraße keine Begründung für die unterschiedliche Ausweisung von Park- und Nicht-Park-Bereichen auf dem Gehweg-Unterstreifen gebe.

Die SPD-Fraktion erklärt, grundsätzlich sollten Fahrzeuge immer auf dem Fahrdamm parken und Fußgänger das Recht haben, Bürgersteige auch mit dem Kinderwagen benutzen zu können. Daher sehe sie weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, dass Fahrzeuge in der Schottmüllerstraße auf dem Bürgersteig parken dürfen.

Mit dem Hinweis, dass die Schottmüllerstraße nur eine Nebenstraße ist und die Fahrzeuge in der jetzigen Situation gut durchkommen, erklären die Fraktionen von FDP und CDU, es sollte alles beim Alten gelassen werden und zwar auf beiden Hälften der Straße.

Die FDP-Fraktion erklärt, die Schottmüllerstraße sei eine reine Wohnstraße, d.h., auf den Gehwegen und der Fahrbahn bewegten sich die gleichen Leute; diese sollten sich untereinander einigen. Die Regelung aus dem Jahre 2001, dass auf den Gehwegen nicht mehr geparkt werden darf, sei nicht nachzuvollziehen; das Amt sollte konkrete Lösungsvorschläge machen.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Laschinsky, die Änderung, dass auf den Gehwegen nicht mehr geparkt werden darf, sei überhaupt erst auf entsprechende Anwohnerwünsche nach einer Tempo- und Unfallbegrenzung durchgeführt worden. Unmut sei erst aufkommen, nachdem das neu gegründete Ordnungsamt begonnen hatte, die Einhaltung der derzeitigen Parkregelung zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden.

Die Fraktionen stimmen dem Vorschlag von BzStR Laschinsky zu, die derzeitige Regelung einstweilen beizubehalten und die Situation weiter zu beobachten.

Mit Hinweis auf das dem Ausschuss vorliegende Schreiben von BzStR Stäglin vom 02.03.2005 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, Herrn BV Böhnke, formuliert der Ausschuss für Bau und Verkehr folgendes Antwortschreiben an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, der diese Angelegenheit an ihn zur Mitberatung überwiesen hatte:

*„Sehr geehrter Herr Böhnke,
Ihrem Wunsch entsprechend, ist die oben genannte Petition gem. § 31 (1b) der Geschäftsordnung der BVV auf die Tagesordnung der 31. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr am 11.05.2005 gesetzt worden. Der Ausschuss für Bau und Verkehr empfiehlt dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, die Petition nach ausführlichen schriftlichen Ausführungen des Amtes als erledigt anzusehen. Der Bauausschuss ist der Auffassung, dass der gegenwärtige Zustand nicht sachwidrig ist. Diese Empfehlung wurde vom Bauausschuss – mit einer ausdrücklichen Enthaltung – einhellig angenommen.“*

zu 5 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet zu den folgenden Punkten:

1. Abdeckelung des Fußgängertunnels Albrechtstraße
Die vorbereitenden Planungen für das Zuschütten des Fußgängertunnels unter der Albrechtstraße (unterhalb der Westtangente) durch ein Ingenieurbüro, das im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung tätig ist, haben begonnen.
2. Neue Busendhaltestelle am S-Bf. Lichterfelde-Süd wird in Betrieb genommen
Das Amt wird am 11.05.2005 die Baumaßnahme „Buswendekehre Fürstenstraße“ abnehmen. Am 15.05.05 will die BVG diese neue Endhaltestelle für die Buslinie M85 (verkehrt im 10-Min-Takt) in Betrieb nehmen.

3. Verstärkte Initiativen von Anwohnern auf Zulassen von Gehwegparken (s. auch Schottmüllerstraße)
Offensichtlich durch verstärkte Kontrolle und Ahndung von Parkverstößen durch das Ordnungsamt treffen beim Tiefbauamt immer häufiger Forderungen von Anwohnern ein, das bis dahin von der Polizei offensichtlich geduldete und deshalb lange Zeit praktizierte Gehwegparken offiziell zuzulassen. Hierzu werden sich Tiefbauamt und Ordnungsamt mit BzStR Stäglin über eine Strategie unterhalten müssen, zumal von Umweltschutzgruppen (u.a. auch der AGENDA 21) gerade das Aufheben von bisher zugelassenem Gehwegparken gefordert wird.
4. Parkplatzmarkierungen Sackgasse Oertzenweg
Ein Anwohner, der für die Beibehaltung der Schrägmarkierungen ist, hat jetzt Einspruch gegen die vorgesehene Aufstellung von Verkehrszeichen eingelegt und den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses und den Landesrechnungshof angerufen.
5. Kiosk Kronprinzessinnenweg / Hüttenweg
Das Amt hat sich am 09.05.2005 an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – VII E – als zuständige Bundesfernstraßenverwaltung mit der Frage gewandt, ob auf ihren Flächen ein Imbisskiosk zugelassen werden kann.
6. Ärgernisse Ortlerweg
Das Amt hat die Hinweise von BV Eichstädt aus der letzten Sitzung des Bauausschusses am 27.04.2005 geprüft. Der Schuttcontainer ggü. Nr. 20 ist nicht angemeldet, ein Besitzer ist nicht bekannt. Das Amt hat mit einem „gelben Punkt“ den Besitzer aufgefordert, den Container bis Ende Mai vom Straßenland zu entfernen, ansonsten wird das Amt tätig. Für den angemeldeten Wohnwagenanhänger wäre ein Beweis notwendig, dass er regelmäßig über zwei Wochen unbewegt abgestellt wird. Nur dann parkt er länger als zulässig und stellt auch eine Sondernutzung dar. Das Amt wird den Halter auf diesem Umstand hinweisen und um Abhilfe nachsuchen.
7. Halteverbot Clauertstraße
BV Mückisch hatte hierzu in der letzten Sitzung des Bauausschusses nachgefragt. Das vor kurzem aufgestellte eingeschränkte Halteverbot auf der Nordseite der Straße ist von der VLB angeordnet worden, um festgestellte Verkehrsgefährdungen durch ausweichende und beschleunigende Kraftfahrzeuge zu verhindern. Hinsichtlich des gewünschten Zebrastreifens in der Clauertstraße liegt eine ablehnende Stellungnahme von der VLB vor. Das Amt ist aber noch dabei, diese zu hinterfragen.

zu 6 **Verschiedenes**

1. Mit Hinweis auf die Entfernung eines Vorfahrtschildes in der in einer Tempo-30-Zone gelegenen Limastraße erkundigt sich die SPD-Fraktion, ob es im Bezirk noch weitere Vorfahrtsregelungen in Tempo-30-Zonen gibt. Bau L Hr. Müller-Ettler erklärt, solche Regelungen existierten noch besonders in Straßen mit Busverkehr.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Lepeniotis
Stellv. Ausschussvorsitzender

Kühnast
Schriftführer